

# Stellungnahme der FDP Fraktion zum Haushalt 2017 der Stadt Stadtallendorf und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Stadtwerke und Dul

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der uns vorliegende Haushaltsplan ist das Ergebnis umfangreicher Beratungen zwischen der Verwaltung, dem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung, einzelnen Mitarbeitern, die sehr viel zu diesem Haushalt beigetragen haben, also auch von allen Fraktionen dieses Hauses zusätzlich.

Wenn ich mir die Situation überlege, die wir im November hatten, da gingen alle Warnlampen an. Da haben wir in dem Arbeitskreis gesessen und wussten nicht, wie wir die Runde kriegen sollen. Sehr komfortabel, heute darüber zu reden, was es jetzt gegeben hat. Aber meine Damen und Herren, es war eine gewisse Ausweglosigkeit festzustellen und, das sag ich Ihnen auch, als Fraktion sitzt man dann einer Verwaltung gegenüber und ist auf die Informationen angewiesen und da ist Vertrauen erforderlich. Und ich sage, das Vertrauen, das hats dann auch gegeben.

Sowas hat es in Stadtallendorf sehr, sehr lange nicht gegeben. Und wir sollten auch wirklich nicht den Hauch einer etwas Schlechtes hier drüber legen, es hat eine Offenheit gegeben, es hat einen Austausch gegeben, es hat eine Transparenz gegeben, die ich in diesem Haus und in dieser Verwaltung noch nie so kennengelernt habe. Und meine Damen und Herren, das ist sehr positiv für Stadtallendorf und wir werden auch so positiv nach vorne sehen.

Sah es noch im November und zu Beginn des Dezember so aus, dass es massive Einschnitte in das Leistungsspektrum der Stadt Stadtallendorf, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen geben würde, hat es dann die Wendung gegeben, die uns alle in diesem Hause seit Wochen beschäftigt. Auch in der Öffentlichkeit ist von der ist von dritter Seite ist der von dritter Seite zugesagte Betriebskostenzuschuss umfangreich diskutiert worden, allen echte, unechten Bedenken zum Trotz, allen tatsächlichen, vermeintlichen und oftmals zunächst unverständlichen Einwendungen zum Trotz gibt es diese sehr positive Wendung in der Haushaltsführung. Durch den Betriebskostenzuschuss ist die Stadt Stadtallendorf in der Lage, einen positiven Haushalt zu gestalten, (steht hier) kein Defizit auszuweisen und sich damit der Gängelung durch die Kommunalaufsicht, die natürlich an die Vorgaben des Landes Hessen gebunden ist, zu entledigen.

Meine Damen und Herren, das ist positiv, das ist sehr positiv und alles, was mit diesem Betriebskostenzuschuss verbunden ist, zeugt von, das haben schon mehrere vor mir gesagt, von einer Verantwortung in Stadtallendorf in der Verwaltung, bei den Bürgern, im Gewerbe und besonders auch in der Industrie, die, meine ich, weit und breit einmalig ist. Und wenn ich da eben gehört habe, naja, man gibt einen Zuschuss, um vielleicht irgendwas an anderer Seite zu ersparen, meine Damen und Herren, da gewinnt jeder, das ist doch genau das, was wir brauchen. Das ist eine Win-Win-

Situation. Die Stadt Stadtallendorf gewinnt und diejenigen, die uns das Geld geben, die können das auch besser verarbeiten. Und ich will auch noch mal darauf eingehen, was die CDU eben vorgetragen hat, nach dem Motto: Wäre schön, wenn das in investive Maßnahmen führen würde. Das hätte uns jetzt überhaupt nicht geholfen. Also mit intensive mit investiven Maßnahmen, wenn wir da jetzt einen Zuschuss gekriegt hätten, das wäre Null gewesen. Also wenn, dann geht's jetzt wirklich nur um Betriebskostenzuschuss. Und das sind keine investiven Maßnahmen. Also, es gibt keinen Grund Wasser in diesen Wein zu gießen und wie soeben dargestellt, besteht auch keinerlei Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens.

Meine Damen und Herren, es war schon ein bisschen dürftig, was man dann immer so gehört hat. Ist das legal, ist das nicht legal? Dürfen wir das? Wir haben uns selbst vergewissert. Ich hab auch heute aus den Ausführungen des Bürgermeisters vom Städte- und Gemeindebund erfahren, Mensch, die sollten sich auch ein bisschen mehr Mühe geben, wenn sie sowas überprüfen. Das einfachste, was sie hätten sagen können, ist, Verwaltungsvereinbarungen haben schriftlich zu erfolgen und wenn sie nicht schriftlich erfolgt sind, haben sie keinerlei Bedeutung. Das hätte alles das gekappt, was gesagt worden ist, naja vielleicht im Dunkeln irgendwo was gemacht, nein, was schriftlich nicht vereinbart ist, gilt nicht. Punkt aus. Das wäre eine einfache Möglichkeit gewesen. Und insofern bin ich da schon ein bisschen enttäuscht, was der Städte- und Gemeindebund uns da noch so kurzfristig geschickt hat und es ist wohl auch so, wir habens jetzt versucht nachzuvollziehen, es ist uns nicht so ganz gelungen, dass die Stadt Langenfeld vor längerer Zeit in ähnlicher Weise sich konsolidiert hat und ich habe da noch mal nachgesehen, die haben wirklich ihren Schuldenstand und ihre schlechte Haushaltsführung nachhaltig massiv verbessert.

So, wenn, wie vorliegend, alle Beteiligten in dieser konkreten Situation gewinnen, möchte ich hier an dieser Stelle der Verwaltung, dem Magistrat und dem Bürgermeister im Namen der FDP-Fraktion für die guten Verhandlungen ausdrücklich danken. Transparenz, Offenheit hatte ich eben schon dargestellt und meine Damen und Herren, das kann ich der CDU net ersparen, das kann ich auch dem Jürgen nicht ersparen, was ist die Ursache dessen, was wir haben? Die Ursache dessen bleibt die fatale Gesetzgebung der hessischen Landesregierung. Bei der die CDU und die Grünen beschlossen haben, dass die finanziell erfolgreichen Kommunen ans Gängelband genommen werden. Die erfolgreichen Kommunen werden neben ihren sowieso zu erfüllenden Solidaritätsleistungen, die in Stadtallendorf, das will ich auch noch mal wiederholen, die auf Kreis-, Schulumlagen und weitere Umlagen überdurchschnittlich sind, zusätzlich bestraft.

Wir als FDP-Fraktion, wir bekennen uns zu dem Motto, das Abraham Lincoln schon lange formuliert hat: „Man stärkt die Schwachen nicht, wenn man die Starken schwächt.“ Es bleibt dabei, die Gesetzgebung der Landesregierung sorgt dafür, dass die Erfolgreichen bestraft werden und damit nicht mehr so erfolgreich wirtschaften können wir früher. Der vorliegende Haushalt zeigt es deutlich auf. Verlierer sind eigentlich alle dabei. Es nützt nämlich nichts, die Lokomotive an einem Zug ständig zu schwächen und da davon auszugehen, dass alle den Zielbahnhof vollständig und schnell erreichen. Das gelingt nicht. Und nur mal das Beispiel: Während wir im Jahr 2016 deutlich mehr als 2 Mio. zusätzlich an – ich sag vermeintlicher – Solidaritätsleistung zusätzlich zu erbringen hatten, dieses sind es 1,33 Mio., addieren Sie das mal. Addieren Sie mal und gucken Sie mal, was uns im Haushalt fehlt. Und

meine Damen und Herren, die Ursache für diesen Haushalt, für das was uns fehlt, ist eindeutig in Wiesbaden auszumachen.

Wir hätten nämlich genug Einnahmen, um auch temporäre Gewerbesteuerausfälle, wie sie ja festzustellen sind, zu kompensieren. Hätte man uns mehr gelassen, hätten wir positiv wirtschaften können und es lässt sich, und das möchte ich auch noch mal deutlich unterstreichen, es lässt sich schon jetzt erkennen, dass die Steuer- und Gebührenerhöhungsspirale in vollem Gange ist. Wenn die Nivellierungssätze angepasst werden, der Jürgen hat eben gesagt, die werden nicht nach unten gesetzt, das ist logisch, die gehen nach oben, dann wären wir wieder gezwungen mitzumachen, dann werden wir wieder gezwungen nach oben zu gehen und dann müssen wir, wenn wir das nicht machen, diese Strafzahlungen, die wir ja schon besprochen hatten, müssen wir wieder leisten.

Meine Damen und Herren, hier gehört ein Deckelchen auf diese fatale Gesetzgebung und ich hoffe eigentlich, dass der Verwaltungsgerichtshof schnell arbeitet und schnell diesem Thema ein Ende bereitet.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier die Einwendungen des Jahres 2016 noch nicht einmal nicht noch einmal wiederholen, aber damals wurde ja die Gewerbesteuer auf die Nivellierungssätze erhöht. Und, was hats gebracht? Trotz Erhöhung der Gewerbesteuer sind Mindereinnahmen in diesem Bereich für 2017 festzustellen. Also so einfach, wie sich das der ein oder andere vorstellt, wenn er meint, man müsse nur an dieser Schraube drehen, das bewirkt schon was, so einfach ist es nicht. Da hängen viele, viele Aspekte dran, gerade hier zeigt sich deutlich, und das hat der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede umfangreich dargestellt, dass die Entwicklung an Rohstoff- und Absatzmärkten noch nicht zuletzt die umfangreichen Investitionstätigkeiten direkten Einfluss auf die Gewerbesteuerveranlagungen haben. Wenn dann das eine oder andere Unternehmen noch die Möglichkeit nutzt, steuermindernd Gewinne an anderen Orten als in Stadtallendorf zu generieren, kann uns auch sowas massivst treffen. Das kann letztlich zu einer Lähmung des städtischen Haushalts führen und meine Damen und Herren, ich bin seit 1989 mit einer kurzen Unterbrechung hier in diesem Hause immer mal tätig gewesen, das haben wir immer so gehabt. Das haben wir so gehabt, die Lähmung wird wahrscheinlich nicht kommen und ich hoffe, dass es den Bürgern, dem Gewerbe und der Industrie und allen in Stadtallendorf weiter so gut geht wie heute. Wir sollten nämlich unseren Standort auf keinen Fall schlecht reden.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es wichtig, nicht einfach blind auf die Erhöhung von Steuern und Gebühren zu vertrauen, sondern einen konstruktiven Dialog, wie geschehen, mit den Gewerbetreibenden, den Handwerkern, der Industrie, mit allen Entscheidungsträgern zu führen, dann wird einerseits Verständnis für die städtischen Entscheidungen geweckt, aber andererseits, das ist auch wichtig für uns, eine Verantwortung für die Stadt Stadtallendorf auf jeder Seite dokumentiert und vertieft. Es bleibt festzustellen, dass die letzten Jahre die Bürger Stadtallendorfs massivst belastet haben. Wenn im Jahre 2016 die Grundsteuern A und B noch moderat erhöht wurden, wird nunmehr voll zugegriffen und der zweite Schritt, die volle Erhöhung auf die Nivellierungssätze vorgenommen. Das, was in 2016 noch vermieden wurde, ein entsprechenden Änderungsantrag war ja von einigen Fraktionen im Haus beschlossen worden, holt uns also in 2017 ein. Jetzt wird voll zugeschlagen, meine Damen und Herren, das

lehnen wir als FDP-Fraktion ab. Der Druck, den das Land Hessen hier ausübt, schadet Stadtallendorf und seinen Bürgern. Aus diesem Grunde bleiben die Einwendungen der FDP-Fraktion gegen diese unvernünftige Beschlusslage des Landes aufrecht erhalten. Wenn wir z. B. im Jahre 2016 noch Instandsetzungsarbeiten verschoben haben, ist eben schon mal gesagt worden, Beispiel ist das Bürgerhaus in Schweinsberg, holt uns dies natürlich in diesem Jahr ein. Nun muss das Geld ausgegeben werden, um weitere Schäden zu verhindern. Das Geld ist nicht da bzw. als aus falsch verstandener Solidarität in den großen Umlagepotpf gegangen und in diesem Zusammenhang merken wir, dass es keinen Sinn macht, Entscheidungen auf die Zukunft zu verschieben. Das kann mal ein Jahr eine Rolle spielen, aber wir müssen up-to-Date sein. Und auch das ist schon angesprochen worden, ich möchte es aber für die FDP-Fraktion noch mal vertiefen: Der vom Bürgermeister einberufene Arbeitskreis Immobilien ist das wichtigste Instrument, was uns jetzt in Zukunft beschäftigen wird. Wenn wir sämtliche Liegenschaften auf ihre Erforderlichkeit überprüfen, ist es nach unserer Auffassung zwingend erforderlich, dass die Verwaltung die Immobiliensituation umfangreich darstellt, dass sie die Unterhaltungskosten komplett und nachvollziehbar erläutert und dass auch Vorschläge zur Reduzierung der Kosten bzw. zur Vermarktung des Objekts konkret erfolgen. Nur mit einer solchen Zielorientierung, die nach meinen Kenntnissen in der Vergangenheit wohl aus verschiedenen Gründen gefehlt hat, können Lösungen in akzeptablen Zeiträumen erreicht werden. Genau hier bei den Immobilien ist ein erhebliches Einsparpotential möglich und wir sollten auf jeden Fall nicht Zeit verstreichen lassen. Das haben wir uns ja auch im Dezember unter den Fraktionsvorsitzenden besprochen. Das ist gut, dass wir jetzt die Lösung für den Haushalt haben, aber dann muss es wirklich verstärkt weiter gehen und gerade in diesem Bereich muss es weitergehen. Auch hier gilt, dass die Verwaltung in der Bringschuld ist, so dass wir konkret in akzeptablen Zeiträumen über Lösungsvorschläge debattieren und zu konkreten Ergebnissen kommen müssen.

Ich halte also als Zwischenfazit fest: Im städtischen Immobilienbereich müssen Einsparpotentiale gehoben werden. Wir müssen die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof gewinnen, um die gezahlten und vielleicht noch zu zahlenden Millionenbeträge möglichst zurück zu erhalten. Und die Verschuldung des städtischen Haushalts muss konsequenter abgebaut werden. Dass das dieses Jahr ein relativ geringer Betrag war, ja gut, meine Damen und Herren, Baubetriebshof, Hallenbad, alles was da seit Jahren über uns schwebt, ich hab mal zu manchen Zeiten gesagt, wir sind für drei, vier Jahre an die Wand getackert und sind bewegungslos, weil wir keine anderen Investitionen machen können. Das fordert eben jetzt seinen Tribut und wir dürfen aber auf keinen Fall für die Zukunft vergessen, dass es hier jetzt anders werden muss und dass wir Haushaltskonsolidierung auch dadurch machen, dass wir Schulden zurückführen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion will aber auch einen Blick in die Zukunft werfen und darauf eingehen, was nicht im Haushalt genügend berücksichtigt ist und was jetzt dringend angegangen werden muss. Unserer Ansicht nach wird das wichtigste und größte Projekt in den nächsten Jahren die Entwicklung eines weiteren Gewerbegebietes im Bereich B 454 / A 49 sein. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben und im Haushalt ist dazu nichts angelegt. Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass die hier aufgewendeten Beträge mit der Veräußerung der Grundstücke dann üblicherweise wieder an die Stadt zurückfließen werden. Wir werden uns schon im Jahre 2018 damit befassen, dass die Einwohnerzahl nicht mehr den Stand haben

wird, wie er dem vorliegenden Haushalt zugrunde gelegt wurde. Hier macht sich dann die Nichtbelegung der Erstaufnahmeeinrichtung in Stadtallendorf bemerkbar und es werden die Auswirkungen auf das auf uns zukommen können, wie der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede, ich möchte es nicht wiederholen, auf Seite 13 darstellt. Genau aus diesem Grunde ist es wichtig, ein weiteres Gewerbegebiet zu entwickeln, damit weitere Arbeitsplätze nach Stadtallendorf kommen. Wenn Arbeitsplätze kommen, folgen Familien und weitere Infrastruktur. Nur das hilft uns positiv nach vorne zu kommen. Dann müssten wir auch zusätzlich dazu übergehen, das derzeit vorhandene Gewerbegebiet nun endlich fertig zu entwickeln. Insbesondere haben wir ja doch noch die Probleme mit der Führung der städtischen Straßen, die auf uns zukommen. Das sollten wir richtig und schnell angehen und meine Damen und Herren, soweit im Haushalt eine Beteiligung an der Windkraft am Windpark Hopfenberg GmbH noch vorgesehen ist, sehen wir die Sache mittlerweile sehr skeptisch und gehen davon aus, dass der entsprechende Windpark nur sehr schwer profitabel betrieben werden kann. Zumindest ist es bisher immer so gewesen, dass jegliche Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von den Beteiligten abgelehnt, nicht vorgestellt wurde, auf die lange Bank geschoben wurde. Im letzten Ausschuss haben wir gehört, dass man derzeit wieder damit befasst ist, ich hoffe, das kommt dann demnächst irgendwann. Aber meine Damen und Herren, wichtig ist für uns, dass wir diese Maßnahme besonders ausführlich prüfen und weder uns noch beteiligten Bürgern unnötige Risiken aufladen. Natürlich ist es positiv, wenn die Sportstätten ausgebaut und die Kanalsanierung vorangetrieben wird, wenn Kunstrasenplatz und Elektrosanierung im Herrenwaldstadion vorgenommen werden und Baugebiete erschlossen werden. Insoweit trägt der Haushalt auch zu dem Thema nichts schlechtes, trägt der Haushalt eine sehr positive Entwicklung, die trotz aller Widrigkeiten den Bürgern zugutekommt.

Und wenn die Stadt tatsächlich 191,04 Stellen bei den Beschäftigten ausweist, bleibt es nach wie vor dabei, dass der Bürgermeister dies alles zwar sehr positiv in seiner Haushaltsrede darstellt, dass die Verwaltung aber bis zum heutigen Zeitpunkt nicht in der Lage gewesen ist, einen Geschäftsverteilungs- und Organisationsplan der Stadtverwaltung vorzulegen, der tatsächlich auch seinen Namen verdient. Wir monieren dies schon seit längerer Zeit und haben beispielsweise vor zwei Jahre eine entsprechende Anfrage ins Parlament eingebracht. Meine Damen und Herren, wir haben uns damals jegliche Nachfrage erspart und sind auf das Thema nicht mehr weiter eingegangen, weil die Antwort der Stadtverwaltung erschreckend dürftig war. Wir hatten sogar verschiedene Organisationsstrukturen abgefragt, ob das bekannt ist, ob es nicht bekannt ist, meine Damen und Herren, hier scheint ein Organisationsplan der seinen Namen verdient, nicht vorzuliegen. Und, gerade vor dem Hintergrund, dass wenn man das gut organisiert, gut plant, vielleicht Synergieeffekte eine Rolle spielen können auch beim Personal, meine ich, dass das auch eine Möglichkeit sein könnte, positiv nach vorne zu kommen und vielleicht auch Einsparungen vorzunehmen. Ich möchte da noch mal auf das eingehen, was der Manfred Thierau eben gesagt hat. Manfred, das ist viel zu kurz gedacht. Die Verwaltungen werden mittlerweile sogar von der Bundeskanzlerin aufgefordert, in die Digitalisierung einzusteigen. Der Sachbearbeiter vor Ort, der Formulare verteilt, der Formulare entgegen nimmt, der die Leute berät usw., der ist vielleicht, ich seh die Entwicklung kommen, demnächst mehr nicht mehr in seinem Büro und macht das dort, vielleicht ist das die Maschine Computer und er überprüft nur noch. Und ob man dann noch 191 Stellen auf Dauer braucht, ich weiß es nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass all das, was da angegangen ist, die Justiz machts, das weiß ich,

dass das wirklich Einsparungen vor Ort unterbringen. Ich kann das ja bei der Justiz mal klarmachen. Da gibt's wirklich online-Zugänge zu Gerichten, Sie können bei den Gerichten heute als Notar ihre Auskünfte direkt holen, das ist Personal eingespart, das braucht man in dem Fall nicht mehr, die machen was anderes, was Gutes, was Qualifiziertes. Und es ist auch so, dass Sie heute eine Klage nicht mehr mit Papier zum Gericht schicken, das geht online, wenn Sie die Vorrichtung haben. Das nutzen wenige, aber die Zukunft ist eindeutig. Die Zukunft heißt: Hier wird Personal eingespart, das Personal wird qualifiziert und wird mit anderen Tätigkeiten bedacht.

Meine Damen und Herren, ja jetzt muss ich wieder suchen, wo ich bin, meine Damen und Herren, sehr positiv haben wir festgestellt, dass die Verwaltung es tatsächlich schafft, mit Ablauf 2017 die Jahresabschlüsse bis 2015 der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf vorzulegen. Hier wird ein Versäumnis, das vor Jahren entstand, endgültig behoben und man kann eigentlich den Verwaltungsmitarbeitern, die hier beteiligt sind, nur herzlich danken. Wenn sie mit Ablauf 2017 wieder normale Verhältnisse in diesem Punkt schaffen.

Die FDP-Fraktion hat nunmehr durch mich umfangreich Stellung genommen, wir haben die einzelnen Vorgaben und Zahlungen und auch Unwägbarkeiten in den Ausschüssen, aber auch insbesondere in den Haushaltskonsolidierungen besprochen. Vor diesem Hintergrund macht es nun keinen Sinn mehr, weitere einzelne Positionen darzustellen, zu erläutern. Das ist im Haushalt nachzulesen, das ist erläutert worden und da schließe ich mich dem an, was der Kollege Thierau erklärt hat. Wenn ich das jetzt als Vierter noch mal darstelle, dann wird's schwierig. Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Nach dem Fiasko, das noch im November 2016 zu erwarten war, hat sich das Blatt für diesen Haushalt zum positiven gewandt. Warum dies so ist, ist uns allen klar. Ein außerordentlicher Einsatz von dritter Seite, der uns heute relativ gelassen in die Zukunft blicken lässt, ist der Grund. Das ist nicht selbstverständlich und das wird sich in Zukunft auch kaum wiederholen lassen. Deshalb muss weiter an der Konsolidierung der Verwaltung der Finanzen gearbeitet werden und wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass die positive Stellung Stadtallendorfs zukünftig in irgendeiner Weise geschwächt wird. Insoweit können wir nur hoffen und alles Mögliche dafür tun, dass die Klage gegen das Land Hessen gewonnen wird, damit wir zu unserer alten Stärke noch deutlicher zurückfinden können.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Haushalt beschließen Sie wieder Steuererhöhungen dieses Mal erneut der Grundsteuern A und B. Und ich sag's jetzt wieder: Diese Steuererhöhung ist ausschließlich der verfehlten Politik von Grünen und CDU im Lande Hessen geschuldet. Und meine Damen und Herren, wir haben uns lange überlegt, was wir mit diesem Haushalt machen. Stimmen wir zu, lehnen wir ab, enthalten wir uns. Meine Damen und Herren, wir möchten noch einmal nach außen eindeutig dokumentieren, wer verantwortlich ist für unsere Probleme. Ich hab's Ihnen vorgerechnet, die Solidaritätsumlage, die uns zusätzlich abverlangt hat abverlangt wird, macht ungefähr den Betrag aus, der uns gefehlt hat. Meine Damen und Herren, und es muss nach außen deutlich gemacht werden, wer hierfür verantwortlich ist und vor diesem Hintergrund werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir werden den Wirtschaftsplänen zustimmen und meine Damen und Herren, wir werden auch weiterhin konstruktiv mitarbeiten, weil wir jetzt davon ausgehen, dass die Grausamkeiten mit Steuererhöhungen, mit Gebührenerhöhungen ein für alle Mal mit diesem Haushalt beendet sind.

Ich bedanke mich hiermit im Namen der FDP-Fraktion bei allen Beteiligten, die seit Monaten versucht haben, die schwierige Situation für Stadtallendorf zu verbessern. Das sind Parlamentarier, besonders Verwaltungsmitarbeiter, aber auch diejenigen, die uns den Betriebskostenzuschuss gewährt haben.

Für Ihr geduldiges Zuhören bedanke ich mich.